

Regierungsprogramm

Zur Bundestagswahl am 02.11.2025

DIE LINKE KRAFT



**„Gemeinsam verändern wir, was
ungerecht ist.“**

1. Vorwort

Deutschland steht an einem Wendepunkt. Die Krisen der letzten Jahre, soziale Spaltung, Wohnungsnot, Klimakatastrophen, Krieg und politische Entfremdung, haben uns gezeigt, wie verletzlich unsere Gesellschaft geworden ist. Doch sie haben auch etwas anderes gezeigt: dass Solidarität, Menschlichkeit und Zusammenhalt noch immer in ihr schlummern.

Wir, Die Linke Kraft, treten an, um diese Solidarität wieder zum politischen Prinzip zu machen. Wir stehen nicht für das „Weiter so“ einer Politik, die Reiche schützt und Arme bestraft, die soziale Kälte mit Haushaltsdisziplin verwechselt und Demokratie zu einem Spiel für Eliten verkommen lässt. Wir stehen für einen klaren Bruch mit diesem System, für eine gerechte Republik, die niemanden zurücklässt.

Dieses Programm ist kein Parteipapier für verstaubte Schubladen. Es ist ein Aufruf zur Veränderung, ein Plan für vier Monate entschlossene Regierungspolitik, die beweist, dass eine andere Politik möglich ist, sozial, mutig, solidarisch. Wir sagen: Politik darf sich nicht länger an den Interessen von Konzernen orientieren, sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Wir wollen kein Land, in dem Profit über Menschen steht, sondern eine Gesellschaft, in der das Gute zählt, nicht das Gierige.

Wir wissen: Gerechtigkeit ist keine Utopie. Sie ist machbar, wenn der politische Wille da ist. Deshalb kämpfen wir – für sichere Arbeit, bezahlbares Wohnen, soziale Sicherheit, starke Bildung und echten Klimaschutz. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der niemand Angst vor der nächsten Rechnung haben muss, in der Kinder Chancen statt Armut erben, und in der Würde kein Privileg ist, sondern ein Grundrecht.

Unsere Politik beginnt dort, wo andere wegesehen haben. Wir machen Schluss mit dem Schweigen, mit dem Zynismus, mit dem endlosen Gerede ohne Folgen. Die Linke Kraft steht für eine Bewegung, die sagt, was ist – und tut, was nötig ist.

Wir haben keine Angst vor Konflikten, denn Gerechtigkeit entsteht nie ohne Widerstand. Dieses Land braucht keine Verwaltung der Ungleichheit. Es braucht eine Revolution der Fairness.

Unser Ziel ist klar: ein solidarisches Deutschland, das Zukunft für alle schafft, nicht für wenige. Dafür stehen wir. Dafür kämpfen wir. Dafür ist dieses Programm geschrieben.

2. Soziale Gerechtigkeit: Niemand wird zurückgelassen!

Soziale Gerechtigkeit ist das Herz unserer Bewegung. Sie ist der Prüfstein jeder demokratischen Gesellschaft. Doch im heutigen Deutschland gilt: Wer wenig hat, zahlt drauf. Während Milliardäre ihr Vermögen mit einem Klick vermehren, müssen Millionen Menschen jeden Monat bangen, ob das Geld bis zum Monatsende reicht. Das ist kein Naturgesetz, das ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Und wir sagen: Diese Entscheidungen werden wir ändern.

Arbeit, die zum Leben reicht

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, die nicht krank macht und zum Leben reicht. Wir setzen uns für einen Mindestlohn von 15 Euro pro Stunde ein. Nicht als ferne Perspektive, sondern innerhalb der ersten 30 Tage unserer Regierungszeit. Denn niemand, der arbeitet,

darf arm sein. Wir schaffen ein Arbeitsrecht, das die Menschen schützt, nicht die Konzerne. Leiharbeit, Werkverträge und Kettenbefristungen werden abgeschafft.

Stattdessen schaffen wir eine faire Beschäftigungsgarantie: Jede Arbeitskraft soll die Sicherheit haben, dass ihr Arbeitsplatz sozial abgesichert ist. Unternehmen, die dauerhaft befristet einstellen, werden mit Strafabgaben belegt. Wer gute Arbeit bietet, wird steuerlich entlastet. Wir führen eine Lohntransparenzpflicht ein, damit Frauen endlich gleich bezahlt werden. Pflegekräfte, Erzieher:innen, Sozialarbeiter:innen, Kassierer:innen – sie tragen das Land, aber sie verdienen am wenigsten. Wir sagen: Diese Arbeit ist systemrelevant – also wird sie auch systemgerecht bezahlt. Deshalb erhöhen wir die Löhne im Pflege- und Sozialsektor um mindestens 20 % und schaffen verbindliche Personalstandards, die Stress, Burnout und Überlastung verhindern.

Sichere Mieten statt Angst vorm Monatsende

Wohnen ist ein Menschenrecht, kein Marktpunkt. Doch für viele Menschen ist die Wohnung längst zur Armutsfalle geworden. Wir führen einen bundesweiten Mietendeckel ein: Kein Mensch soll mehr als 30 % seines Einkommens für Miete ausgeben müssen. Spekulativer Leerstand wird mit hohen Strafen belegt, Großvermieter mit über 3.000 Wohneinheiten werden zur Offenlegung ihrer Mietstrukturen verpflichtet. Gleichzeitig schaffen wir einen bundesweiten Wohnfonds, mit dem jährlich 250.000 neue, gemeinnützige Wohnungen entstehen – energieeffizient, barrierefrei und öffentlich gefördert. Wir fördern Wohnungsbaugenossenschaften, die Mieter:innen Mitbestimmung statt Abhängigkeit geben. Wohnungslosigkeit wird bis 2030 beendet: Niemand soll in Deutschland ohne Dach über dem Kopf leben müssen. Dafür bauen wir kommunale Notunterkünfte aus, schaffen ein Recht auf Wohnen im Grundgesetz und beenden Zwangsräumungen in prekären Lebenssituationen.

Ein starker Sozialstaat, der trägt

Der Sozialstaat darf kein bürokratisches Monster sein, das demütigt, sondern ein System, das schützt.

Wir ersetzen das derzeitige Bürgergeld durch ein neues Modell: die Solidaritätsgrundsicherung. Sie garantiert ein Einkommen, das über der Armutsgrenze liegt, ohne Sanktionen, ohne Schikane. Jede:r erhält das, was zum Leben nötig ist – nicht als Almosen, sondern als Recht. Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, Langzeiterkrankte und Rentner:innen mit kleinen Einkommen sollen in besonderem Maße entlastet werden. Wir führen einen sozialen Energie- und Heizkostenzuschuss von 500 € jährlich für Geringverdienende ein, der automatisch ausgezahlt wird – kein Antrag, kein Papierkrieg. Die Renten werden wieder sicher: Wir heben das Rentenniveau auf 53 % des Durchschnittslohns an und führen eine solidarische Erwerbstätigenversicherung ein, in die auch Beamte und Selbstständige einzahlen.

Wer Jahrzehntelang gearbeitet hat, darf nicht in Armut altern.

Armut ist kein individuelles Versagen – sie ist ein politisches.

Wir bekämpfen sie mit Entschlossenheit, nicht mit Appellen.

Gesundheit darf keine Ware sein

Die Pandemie hat gezeigt, was passiert, wenn Gesundheit zur Ware wird: Profite steigen, Pflegekräfte fliehen, Patient:innen bleiben auf der Strecke. Wir bauen das Gesundheitssystem neu auf – solidarisch, öffentlich und menschlich. Alle Krankenhäuser werden wieder in öffentliche oder gemeinnützige Trägerschaft überführt. Private Klinikketten, die Gewinne aus Not und Krankheit ziehen, werden schrittweise rekommunalisiert. Wir schaffen eine Einheitskrankenversicherung, in die alle einzahlen – auch Politiker:innen, Selbstständige und Gutverdiener:innen. Beiträge richten sich nach Einkommen, nicht nach Status. Zudem stärken

wir die hausärztliche Versorgung in ländlichen Regionen durch staatlich finanzierte Gesundheitszentren. Pflegekräfte erhalten Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, verbindliche Personalgrenzen und kostenfreie Weiterbildung. Gesundheit ist ein Menschenrecht – aber zu viele Krankheiten bleiben im Schatten, weil sie vor allem Frauen betreffen. Endometriose ist eine der häufigsten, aber am wenigsten erforschten chronischen Erkrankungen. Hunderttausende Betroffene in Deutschland erleben täglich Schmerzen, Ausgrenzung und Unverständnis – oft über Jahre, bevor sie überhaupt eine Diagnose erhalten. Wir sagen: Das Schweigen muss enden. Wir fordern eine massive Aufstockung der öffentlichen Mittel für Endometrioseforschung, die Einrichtung eines bundesweiten Kompetenznetzwerks und spezialisierte Ambulanzen in allen Universitätskliniken. In der medizinischen Ausbildung werden geschlechtersensible Inhalte verbindlich verankert, damit Ärzt:innen, Pflegekräfte und Therapeut:innen künftig schneller und gezielter helfen können. Betroffene dürfen nicht länger übersehen werden – Frauengesundheit ist kein Randthema, sondern Teil sozialer Gerechtigkeit.

Gesundheit ist ein Grundrecht, keine Bilanzgröße.

Öffentlicher Nahverkehr für alle

Mobilität ist Teilhabe. Doch hohe Ticketpreise schließen Millionen Menschen aus. Wir führen in einer ersten Stufe ein Sozialticket für 9 € im Monat ein – für alle mit niedrigem Einkommen. Parallel starten wir den Aufbau eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs in fünf Modellregionen, finanziert durch die Übergewinnsteuer und Bundesmittel. Langfristig schaffen wir einen bundesweiten kostenlosen ÖPNV, weil Mobilität ein öffentliches Gut ist – wie Bildung oder Gesundheit. Neue Buslinien, Nachtverbindungen und barrierefreie Fahrzeuge werden massiv gefördert. Bahnfahren muss wieder billiger sein als Fliegen – nicht umgekehrt.

Kinderarmut abschaffen

Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut. Das ist ein politischer Skandal. Wir führen eine Kindergrundsicherung von 650 € im Monat ein, steuerfrei und einkommensunabhängig. Dazu kommt ein kostenfreies, gesundes Schulmittagessen für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Wir schaffen ein Netz aus kostenlosen Ganztagsangeboten, Musik- und Sportförderung, um soziale Herkunft nicht länger zur Schranke für Zukunftschancen werden zu lassen.

Arme Kinder brauchen keine Mitleidskampagnen, sie brauchen Gerechtigkeit – und die schaffen wir.

3. Demokratie und Antifaschismus: Macht dem Volk, nicht den Mächtigen

Demokratie ist kein Geschenk. Sie lebt davon, dass Menschen sich einmischen, widersprechen, gestalten. Doch in unserem Land wird sie systematisch geschwächt: durch Lobbyismus, durch Entfremdung, durch Machtkonzentration in den Händen weniger. Wir sagen: Demokratie muss wieder vom Volk ausgehen – nicht von Konzernzentralen.

Transparenz und Mitbestimmung

Wir schaffen eine Politik, die wieder nachvollziehbar ist. Alle Lobbykontakte und Nebeneinkünfte von Abgeordneten werden veröffentlicht – nicht freiwillig, sondern verpflichtend. Wir führen eine digitale Beteiligungsplattform ein, über die Bürger:innen Gesetze kommentieren, Änderungsvorschläge einreichen und Volksinitiativen starten können.

Gesetzesentwürfe werden künftig 72 Stunden vor Abstimmung öffentlich einsehbar, damit jede:r nachvollziehen kann, wer wofür steht.

Direkte Demokratie

Wir fordern bundesweite Volksentscheide und Bürger:innenräte, deren Empfehlungen im Bundestag verpflichtend angehört werden müssen. In allen Gemeinden sollen Kommunalforen eingeführt werden, in denen Einwohner:innen zweimal jährlich verbindliche Vorschläge zu Haushalt und Planung machen können. Politik ist keine Veranstaltung für Zuschauer – sie gehört in die Hände der Menschen.

Jugendbeteiligung und politische Bildung

Wir senken das Wahlalter auf 16 Jahre, damit junge Menschen mitbestimmen, was ihre Zukunft betrifft.

Politische Bildung wird Pflichtfach in allen Schulformen. Wir fördern Jugendparlamente und Schüler:innenvertretungen mit echtem Budget und Mitspracherecht.

Demokratie lernt man nicht durch Paragrafen, sondern durch Erfahrung.

Kampf gegen Rechts

Die Demokratie wird nicht nur von oben bedroht, sondern auch von rechts. Wir erleben wieder Hetze, Hass, Gewalt – bis hinein in Parlamente. Unsere Antwort ist klar: Kein Fußbreit dem Faschismus. Wir setzen ein Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus auf, das Bildungsarbeit, Opferschutz und Aussteigerprogramme dauerhaft finanziert.

Verfassungsfeindliche Organisationen und Parteien, die die Menschenwürde angreifen, werden konsequent verboten. Wir reformieren Polizei und Justiz – mit verpflichtender antifaschistischer Fortbildung und unabhängigen Kontrollgremien. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Demokratie heißt: Wir alle übernehmen Verantwortung. Für Wahrheit, für Transparenz, für Freiheit – und für Solidarität.

4. Klima & Umwelt: Sozialer Wandel statt grüner Luxus

Die Erde brennt. Und während die Regierung über Emissionshandel redet, brennen Wälder, Dörfer werden überflutet, Arten sterben aus. Klimaschutz ist kein Lifestyle für Reiche – er ist Überlebensfrage.

Doch wir sagen auch: Klimaschutz, der soziale Ungleichheit vertieft, ist gescheitert. Wir verbinden Ökologie und soziale Gerechtigkeit zu einer neuen Politik des solidarischen Wandels.

Energie in öffentlicher Hand

Wir beenden die Abhängigkeit von Energiekonzernen. Alle großen Strom- und Gasnetze werden rekommunalisiert. Wir schaffen regionale Energiegesellschaften, die erneuerbare Energie lokal erzeugen, speichern und verteilen – genossenschaftlich organisiert. Die EEG-Umlage bleibt abgeschafft, Strompreise werden gedeckelt.

Fossilen Ausstieg sozial gestalten

Wir stoppen sofort den Bau neuer Gaskraftwerke, LNG-Terminals und Autobahnen. Ein Kohleausstieg bis 2030 wird gesetzlich festgeschrieben. Beschäftigte in den betroffenen Regionen erhalten eine Job- und Lohn-Garantie in neuen, öffentlichen Klimainvestitionsprogrammen – niemand wird abgehängt. Jede:r soll vom ökologischen Wandel profitieren, nicht nur Aktionäre grüner Fonds.

Mobilität für alle

Wir wollen eine Verkehrswende, die verbindet statt trennt. Alle großen Städte und Landkreise erhalten staatliche Förderung für kostenlosen Nahverkehr bis 2035. Bis dahin schaffen wir ein bundesweites 9 Euro-Sozialticket und investieren 15 Milliarden € in den Ausbau von Bus-, Bahn- und Radwegen. Wir fördern öffentliche Fahrradverleihsysteme, Nachtbuslinien und barrierefreie Haltestellen.

Klimagerechtigkeit global

Deutschland trägt historische Verantwortung für die Klimakrise. Wir erhöhen die Mittel für internationale Klimapartnerschaften auf 5 Milliarden € jährlich. Wer global exportiert, muss auch global Verantwortung übernehmen: Unternehmen, die im Ausland Umwelt und Menschenrechte verletzen, verlieren ihre Exportförderung.

Natur bewahren

Wälder, Flüsse und Böden sind kein Rohstofflager, sondern Lebensgrundlage. Wir schaffen ein Bundesprogramm für ökologische Landwirtschaft, fördern kleinbäuerliche Betriebe und verbieten Massentierhaltung in neugebauten Anlagen. In Städten werden grüne Korridore und Dachbegrünungen Pflicht, um Hitze zu mindern und Lebensqualität zu steigern. Klimaschutz ist kein Opfer – er ist Befreiung von einem System, das Profit über Leben stellt.

5. Frieden & globale Verantwortung: Keine Profite mit Krieg

Frieden ist kein naiver Traum. Frieden ist der einzige Weg, auf dem Menschlichkeit überleben kann. Während Rüstungskonzerne Rekordgewinne verbuchen, verlieren Millionen Menschen ihre Heimat, ihre Familien, ihr Leben. Wir sagen: Sicherheit entsteht nicht durch Panzer, sondern durch Gerechtigkeit.

Abrüsten statt aufrüsten

Wir lehnen das NATO-Zwei-Prozent-Ziel entschieden ab. Milliarden für Waffen bedeuten Milliarden, die bei Schulen, Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen. Wir kürzen den Verteidigungshaushalt um mindestens 10 Milliarden € und setzen dieses Geld gezielt für soziale Sicherheit, Klimaschutz und internationale Entwicklungszusammenarbeit ein.

Keine Waffenexporte, keine Kriegsprofite

Deutschland darf nicht länger an Kriegen verdienen. Wir verhängen ein sofortiges Exportverbot für Waffen und Rüstungsgüter in Krisen- und Konfliktgebiete. Rüstungsunternehmen, die Gewinne mit Leid machen, werden in öffentliche Hand überführt oder zu ziviler Produktion verpflichtet. Ein Bundes-Rüstungstransparenzregister legt alle Geschäfte offen – öffentlich einsehbar, nachvollziehbar, verpflichtend.

Diplomatie statt Eskalation

Wir fordern die Einrichtung eines ständigen Friedensrates beim Bundestag, der diplomatische Lösungen entwickelt und als unabhängige Stimme für Deeskalation wirkt. Deutschland muss wieder Vorreiter einer Politik werden, die Konflikte nicht schürt, sondern löst. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine aufs Schärfste. Unsere Solidarität gilt der ukrainischen Bevölkerung, nicht den geopolitischen Machtspielen. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, den Schutz von Zivilist:innen und eine internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung der OSZE und der Vereinten Nationen. Statt immer neuer Waffenlieferungen braucht es Verhandlungen, humanitäre Hilfe und Wiederaufbauprogramme, damit aus Zerstörung wieder Leben werden kann.

Humanitäre Verantwortung

Deutschland wird seiner Verantwortung gerecht: Wir schaffen ein Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Geflüchtete – Frauen aus Kriegsgebieten, queere Menschen, politische Verfolgte. Asylverfahren werden beschleunigt, Lagerbedingungen menschenwürdig gestaltet. Wir investieren eine Milliarde Euro jährlich in Fluchtursachenbekämpfung – in Bildung, Klimaschutz, faire Handelsstrukturen.

Europa der Solidarität

Wir treten für ein Europa ein, das nicht auf Abschottung, sondern auf Menschlichkeit beruht. Die EU muss wieder ein Friedensprojekt werden, keine Festung. Wir fordern ein Ende der Frontex-Militarisierung und den Aufbau einer zivilen europäischen Seenotrettung. Frieden heißt: Wir hören auf, in Feindbildern zu denken. Wir schaffen eine Außenpolitik, die Menschen schützt, nicht Märkte.

Nahost

Der Nahostkonflikt zeigt wie kaum ein anderer, wohin Gewalt, Besatzung und politische Feigheit führen. Wir, Die Linke Kraft, erkennen das Existenzrecht Israels ebenso an wie das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Beide Völker haben ein Recht auf Sicherheit, Freiheit und Würde. Wir verurteilen die Terroranschläge der Hamas entschieden, ebenso aber die völkerrechtswidrige Besetzungs- und Bombardierungspolitik Israels, die tausenden Zivilist:innen das Leben kostet. Menschenrechte sind unteilbar – sie gelten in Gaza wie in Tel Aviv. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, den Stopp aller Waffenlieferungen an Israel und die Anerkennung Palästinas als souveränen Staat auf Grundlage der Grenzen von 1967. Die Bundesregierung darf sich nicht länger mitschuldig machen, indem sie Kriegsverbrechen ignoriert oder doppelte Standards anlegt. Deutschland trägt besondere Verantwortung: Nie wieder darf selektiv gelten. Nie wieder Antisemitismus – aber auch nie wieder Krieg, Unterdrückung und Apartheid. Wir setzen uns für humanitäre Korridore, UN-geführte Schutzmissionen und den Wiederaufbau ziviler Infrastruktur in Gaza ein. Frieden entsteht nicht durch Bomben, sondern durch Gerechtigkeit. Wir stehen an der Seite der Menschen – in Israel, in Palästina und überall dort, wo Würde verteidigt werden muss.

Ukraine

Der Krieg in der Ukraine ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Wir verurteilen den Angriff Russlands auf das Schärfste – er bringt Leid, Tod und Zerstörung über Millionen unschuldiger Menschen. Doch wir sagen auch: Frieden entsteht nicht durch Waffenlieferungen, sondern durch Diplomatie. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, internationale Friedensverhandlungen unter Vermittlung der OSZE und der UN sowie massive Investitionen in humanitäre Hilfe und Wiederaufbau statt in militärische Eskalation. Die Menschen in der Ukraine brauchen Sicherheit, Versorgung und Perspektive – keine endlose Aufrüstung. Deutschland soll nicht länger Teil der militärischen Spirale sein, sondern Teil der Lösung: Diplomatie, humanitäre Solidarität und zivile Konfliktlösung müssen die neue Sicherheitsstrategie werden.

Taiwan

Die Spannungen zwischen China und Taiwan bedrohen den Frieden in Ostasien. Wir stehen klar für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in Taiwan und lehnen jede Form militärischer Einschüchterung oder Invasion ab. Gleichzeitig darf dieser Konflikt nicht zu einem geopolitischen Stellvertreterkrieg zwischen Großmächten werden. Wir fordern, dass die Bundesregierung und die EU eine aktive Vermittlungsrolle für Dialog, Deeskalation und wirtschaftliche Kooperation einnehmen. Statt Konfrontation mit China braucht es ein internationales Sicherheitsabkommen, das Souveränität, Frieden und Stabilität in der Region

garantiert. Frieden entsteht nicht durch Drohkulissen, sondern durch Verständigung und Respekt vor dem Völkerrecht.

Sudan

Der Bürgerkrieg im Sudan hat Hunderttausende Menschen das Leben gekostet und Millionen in die Flucht getrieben. Während Kriegsverbrecher um Macht ringen, hungern Familien, Kinder und Alte. Wir stehen an der Seite der sudanesischen Bevölkerung, die für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte kämpft. Deutschland muss seine Außenpolitik neu ausrichten: Statt auf Rüstungsexporte und militärische Partnerschaften zu setzen, braucht es massive humanitäre Hilfe, Unterstützung der Zivilgesellschaft und internationale Sanktionen gegen Kriegsverbrecher. Wir fordern eine UN-Friedensmission zum Schutz der Zivilbevölkerung, sichere Fluchtwege und ein Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung durch internationale Konzerne. Frieden heißt hier: Überleben ermöglichen und Gerechtigkeit schaffen.

Afghanistan

Der Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan hat ein Machtvakuum hinterlassen, das Frauen, Kinder und Minderheiten teuer bezahlen. Unter der Herrschaft der Taliban herrschen Angst, Zensur und Unterdrückung. Deutschland trägt Mitverantwortung – und deshalb Verantwortung. Wir fordern ein Sonderaufnahmeprogramm für gefährdete Menschen, insbesondere für Frauenrechtlerinnen, Journalist:innen, queere Menschen und ehemalige Ortskräfte. Hilfgelder müssen direkt an unabhängige Hilfsorganisationen gehen, nicht an das Taliban-Regime. Außenpolitik darf nicht zusehen, wenn Verfolgung zum Alltag wird. Wir stehen für eine solidarische Flüchtlingspolitik und den Schutz der Menschen, die in Afghanistan für Freiheit und Bildung gekämpft haben – sie dürfen nicht vergessen werden.

Globale Solidarität

Frieden ist global. Wir fordern ein Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Geflüchtete – Frauen, queere Menschen, Oppositionelle aus Diktaturen, Opfer religiöser oder ethnischer Verfolgung. Deutschland muss Zuflucht bieten statt Zäune zu errichten. Wir setzen uns für eine faire Handelspolitik ein, die Ausbeutung beendet. Wer im Globalen Süden Rohstoffe abbaut, soll faire Löhne erhalten und ökologische Standards einhalten. Internationale Konzerne werden zur Haftung verpflichtet, wenn sie Umwelt oder Menschenrechte verletzen. Wir verurteilen auch die militärische Bedrohung Taiwans, den Krieg im Sudan und die systematische Unterdrückung von Minderheiten in vielen Teilen der Welt. Unsere Antwort ist immer dieselbe: Solidarität mit den Unterdrückten, Diplomatie statt Krieg, Menschlichkeit statt Machtpolitik.

6. Bildung: Schlüssel zur Freiheit und Gerechtigkeit

Bildung ist das Fundament einer gerechten Gesellschaft. Sie entscheidet darüber, ob Menschen ihre Zukunft selbst gestalten oder ob sie in den Grenzen ihrer Herkunft gefangen bleiben. Doch in Deutschland ist Bildung noch immer ein Privileg – abhängig vom Einkommen, vom Wohnort und vom sozialen Status der Eltern. Wir, Die Linke Kraft, sagen: Das ist ein politischer Skandal. Bildung darf keine Ware sein, sie muss ein Recht sein – für alle, überall, jederzeit. Wir schaffen ein öffentliches, gebührenfreies Bildungssystem, das Chancengleichheit von der Kita bis zur Hochschule garantiert. Jede Bildungseinrichtung wird vollständig durch öffentliche Mittel finanziert – Schluss mit privaten Schulträgern, die Gewinne aus Bildung ziehen. Kita-Plätze werden flächendeckend ausgebaut und kostenlos – inklusive hochwertiger pädagogischer Betreuung, gesunder Ernährung und barrierefreier Zugänge. In der Schule gilt: Lernen darf nicht am Geldbeutel scheitern. Wir führen die Lehrmittelfreiheit

bundesweit ein – Bücher, Tablets, Internetzugang und Lernsoftware werden kostenfrei bereitgestellt. Jede Schule erhält eine moderne Grundausstattung: stabile Internetverbindungen, Computerarbeitsplätze, Werkstätten, Musikräume und Sportanlagen. Wir investieren 20 Milliarden Euro jährlich in Sanierungen, Digitalisierung und Personal. Bildung ist keine Ausgabe, sie ist eine Investition in die Zukunft.

Lehrer:innen stärken, Schüler:innen fördern

Bildung funktioniert nur mit guten Lehrkräften. Wir schaffen 100.000 neue Lehrer:innenstellen und sorgen für kleinere Klassen, individuelle Förderung und pädagogische Freiheit. Lehrkräfte werden entlastet von Bürokratie und unterstützt durch Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik und multiprofessionelle Teams. Ganztagschulen werden zu Lebens- und Lernorten: mit Zeit für Kreativität, Kultur, Sport und Sozialleben. Kinder sollen dort lernen, was sie für das Leben brauchen – nicht nur für Prüfungen. Wir setzen auf inklusive Pädagogik, in der jedes Kind mitgedacht wird – ob mit Behinderung, Migrationshintergrund oder sozialer Benachteiligung.

Demokratie, Respekt und Verantwortung lernen

Schulen dürfen keine Orte bloßer Wissensvermittlung sein, sondern Werkstätten der Demokratie. Wir machen politische Bildung und Medienkompetenz zu festen Bestandteilen aller Lehrpläne. Junge Menschen sollen verstehen, wie Gesellschaft funktioniert – und wie sie sie selbst verändern können. Wir stärken Schüler:innenvertretungen und schaffen gesetzlich verankerte Jugendparlamente mit Budgetrecht, damit Demokratie erlebbar wird.

Bildungsgerechtigkeit in Ausbildung und Hochschule

Nicht jede Zukunft führt über die Uni. Wir stärken die duale Ausbildung, machen sie kostenfrei und führen ein bundesweites Mindest-Ausbildungsgehalt von 1.200 Euro ein. Berufsschulen erhalten dieselbe finanzielle Priorität wie Gymnasien und Universitäten. An Hochschulen schaffen wir demokratische Strukturen: Studierende, Lehrende und Beschäftigte entscheiden gemeinsam über Haushalte, Forschungsschwerpunkte und Lehrinhalte. Das BAföG wird reformiert – elternunabhängig, rückzahlungsfrei, bedarfsoorientiert. Kein Mensch soll aus finanziellen Gründen auf Bildung verzichten müssen.

Bildung ist der Schlüssel zur Freiheit – aber nur, wenn ihn alle in der Hand halten dürfen.

7. Wirtschaft: Gemeinwohl statt Gier

Unsere Wirtschaft dient heute nicht den Menschen, sondern den Märkten. Sie produziert Rekordgewinne und zugleich Armut. Während wenige Reiche ihr Vermögen in Steueroasen sichern, müssen Millionen Menschen mit befristeten Verträgen, Niedriglöhnen und steigenden Preisen überleben. Wir sagen: Das ist kein Naturgesetz – das ist Politik. Und wir ändern sie. Wirtschaft darf kein Selbstzweck sein. Sie muss dem Gemeinwohl dienen. Wir führen eine Vermögenssteuer ab 2 Millionen Euro ein, die progressiv bis 5 % steigt. So tragen die Wohlhabendsten ihren gerechten Anteil zur Gesellschaft. Große Konzerne, die Krisen zur Profitmaximierung nutzen, werden durch eine Übergewinnsteuer von 30 % zur Verantwortung gezogen. Für internationale Unternehmen gilt ein effektiver Mindeststeuersatz von 20 %, damit sie sich nicht länger ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung entziehen können.

Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung

Alles, was das Leben trägt – Wohnen, Energie, Wasser, Bildung, Pflege – gehört in öffentliche Hand. Wir beenden die jahrzehntelange Privatisierungspolitik, die Strompreise erhöht, Krankenhäuser ruiniert und Mieten explodieren ließ. Energieversorger, Bahn und Post werden

rekommunalisiert. Die Gewinne fließen nicht mehr an Aktionäre, sondern zurück an die Gesellschaft.

Faire Arbeit, sichere Zukunft

Wir schaffen eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, weil Produktivität steigen kann, ohne dass Menschen darunter zerbrechen. Arbeit soll wieder zum Leben passen, nicht umgekehrt. Alle Beschäftigten erhalten ein Recht auf Mitbestimmung: Betriebsräte in jedem Unternehmen, paritätisch besetzte Aufsichtsräte, ein gesetzlich verankertes Vetorecht bei Standortverlagerungen. Unternehmen, die Tarifflucht betreiben oder Jobs ins Ausland verlagern, werden mit Strafabgaben belegt. Wer in Deutschland profitiert, soll hier auch Verantwortung übernehmen. Wir fördern genossenschaftliche und soziale Unternehmen, die ökologisch und solidarisch wirtschaften. Ein 10-Milliarden-Euro-Zukunftsfoonds unterstützt Projekte in nachhaltiger Energie, Bildung, Pflege und Forschung.

Konsum, Klima und Kapitalismus

Unser Ziel ist eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft. Nachhaltigkeit darf kein Luxusprodukt sein, sondern Standard. Wir fördern den Umstieg auf Kreislaufwirtschaft, Recycling, regionale Produktion und faire Lieferketten. Unternehmen, die Umweltstandards verletzen oder Menschen ausbeuten, verlieren ihre Exportförderung. Statt Wachstum um jeden Preis wollen wir Lebensqualität für alle. Ein Wirtschaftssystem, das die Menschen zerstört, die es trägt, hat keine Zukunft. Wir bauen eine Ökonomie, die gerecht teilt, was sie gemeinsam erwirtschaftet – für Mensch, Umwelt und Gemeinwohl.

Arbeit für alle

Arbeit bedeutet Teilhabe, Würde und Sicherheit. Doch zu viele Menschen in Deutschland finden keinen festen Platz in der Arbeitswelt – nicht, weil sie versagen, sondern weil das System versagt. Wir, Die Linke Kraft, wollen eine Wirtschaft, in der niemand auf der Strecke bleibt. Deshalb schaffen wir ein bundesweites Beschäftigungsprogramm, das gezielt neue Arbeitsplätze in sozial-ökologischen Zukunftsbranchen schafft: in der Pflege, in Bildungseinrichtungen, im öffentlichen Nahverkehr, in Kultur, Energie und Digitalisierung. Der Staat wird dabei zum Arbeitgeber letzter Instanz – niemand soll in Arbeitslosigkeit verharren müssen, wenn sinnvolle Arbeit gebraucht wird. Langzeitarbeitslose erhalten gerechte Wiedereinstiegsprogramme mit echter Qualifizierung, tarifgerechter Bezahlung und sozialer Begleitung. Kommunen bekommen finanzielle Mittel, um eigene regionale Jobinitiativen zu entwickeln – dort, wo Arbeit gebraucht wird, entsteht sie auch. Arbeitslosigkeit ist keine Schuldfrage, sondern eine politische Entscheidung. Wir treffen eine andere: Arbeit für alle, gerecht bezahlt, sicher und sinnvoll.

8. Inklusion, Vielfalt & Migration: Eine Gesellschaft für alle

Eine solidarische Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit denen umgeht, die an den Rand gedrängt werden. Wir sagen: Niemand darf ausgeschlossen, niemand vergessen, niemand übersehen werden. Ob Behinderung, Herkunft, Geschlecht, Religion oder Lebensweise – Vielfalt ist kein Problem, sie ist unsere Stärke.

Inklusion leben, nicht nur versprechen

Inklusion ist keine Nische, sondern Voraussetzung für Demokratie. Wir schaffen bis 2030 ein barrierefreies Deutschland – baulich, digital und sprachlich. Öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel und Websites müssen vollständig zugänglich sein. Behördenkommunikation wird verpflichtend in Leichter Sprache und Gebärdensprache angeboten. Menschen mit

Behinderung haben das Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen. Öffentliche Arbeitgeber werden verpflichtet, mindestens 10 % ihrer Stellen an Menschen mit Behinderung zu vergeben. Private Unternehmen, die sich dieser Verantwortung entziehen, zahlen Ausgleichsabgaben, die in Förderprogramme für inklusive Arbeitsplätze fließen. In Schulen und Kitas werden inklusive Lernkonzepte Standard. Sonder- und Förderschulen sollen langfristig in das allgemeine Schulsystem integriert werden, um echte Chancengleichheit zu schaffen.

Gegen Diskriminierung, für Gleichwertigkeit

Diskriminierung – ob rassistisch, sexistisch, queerfeindlich oder ableistisch – ist ein Angriff auf Demokratie. Wir schaffen Antidiskriminierungsstellen in allen Landkreisen mit verbindlicher Klagebefugnis und eigenem Budget. Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst absolvieren verpflichtende Schulungen zu Diversität, Gleichstellung und Antidiskriminierung. Ein Paritätsgesetz garantiert, dass mindestens 50 % der Mandate in Parlamenten und Aufsichtsräten von Frauen besetzt sind. Gleichstellung ist kein optionales Ziel, sondern ein demokratisches Prinzip. Wir fördern queere, migrantische und behinderte Selbstorganisationen mit einem eigenen Bundesfonds, damit sie Projekte, Schutzzäume und Bildungsarbeit selbstbestimmt gestalten können.

Migration als Chance begreifen

Migration ist Teil unserer Geschichte und Realität unserer Zukunft. Menschen fliehen vor Krieg, Armut und Hoffnungslosigkeit – sie verdienen Schutz, Respekt und Teilhabe. Wir fordern ein kommunales Wahlrecht für alle, die seit fünf Jahren in Deutschland leben, und erleichtern Einbürgerungen. Doppelte Staatsbürgerschaft wird selbstverständlich. Geflüchtete erhalten von Anfang an Zugang zu Bildung, Arbeit und medizinischer Versorgung. Das System der Sammelunterkünfte und Abschiebehaft wird beendet – Integration gelingt nur durch Sicherheit und Würde. Wir schaffen sichere Fluchtwege, legale Einreisemöglichkeiten und ein gerechtes europäisches Asylsystem, das nicht auf Abschottung, sondern auf Menschlichkeit beruht. Deutschland soll ein Land werden, in dem Vielfalt Normalität ist. Inklusion und Migration sind keine Herausforderungen – sie sind Chancen, unsere Demokratie zu erneuern.

9. Finanzierungsplan: Gerecht verteilt, sozial gesichert

Unsere Politik kostet Geld – ja. Aber sie kostet weit weniger als das, was Ungerechtigkeit jeden Tag kostet. Armut, Klimazerstörung und Krieg sind die wahren Haushaltslöcher. Wer sie bekämpft, spart langfristig Milliarden. Wir sagen klar: Deutschland ist kein armes Land. Es ist ein ungerecht verteiltes Land. Es fehlt nicht an Geld – es fehlt am Mut, es gerecht einzusetzen. Darum finanzieren wir unsere Vorhaben durch eine gerechte Steuerpolitik, die Reichtum verpflichtet, Konzerne zur Verantwortung zieht und Kommunen stärkt.

Vermögenssteuer: Reichtum verpflichtet

Wir führen eine progressive Vermögenssteuer ab einem Nettovermögen von 2 Millionen Euro pro Person ein. Der Eingangssteuersatz liegt bei 1 %, steigt bei Vermögen über 10 Millionen Euro auf 3 % und ab 50 Millionen Euro auf 5 %. Betriebsvermögen sind nur dann teilweise befreit, wenn sie dauerhaft Arbeitsplätze sichern. Erwartetes jährliches Aufkommen: mindestens 35 Milliarden Euro.

Übergewinnsteuer – Gewinne aus Krisen zurückholen

Krisen dürfen keine Goldgruben sein. Energie-, Pharma- und Digitalkonzerne, die in Pandemie, Krieg oder Inflation Rekordgewinne erzielt haben, zahlen eine Sonderabgabe von

30 % auf diese Überprofe. Das bringt jährlich 10–15 Milliarden Euro, die direkt in soziale Entlastung, Bildung und Klimaschutz fließen.

Spitzensteuersatz und Einkommensgerechtigkeit

Der Spitzensteuersatz wird für Einkommen über 150 000 Euro jährlich auf 53 % angehoben – ein Niveau, das Deutschland schon in den 1990er-Jahren kannte. Zudem schaffen wir eine Reichensteuer von 60 % auf Einkommen über 500 000 Euro. Diese Reform trifft weniger als 1 % der Bevölkerung, entlastet aber den Großteil der Gesellschaft. Erwartete Mehreinnahmen: 20 Milliarden Euro pro Jahr.

Finanztransaktionssteuer: Spekulation besteuern

Hochfrequenzhandel, Aktien- und Derivatspekulationen tragen nichts zur realen Wirtschaft bei. Wir führen eine Finanztransaktionssteuer von 0,1 % auf alle Börsengeschäfte ein. Das belastet Großinvestoren, nicht Kleinsparer:innen. Erwartetes Aufkommen: 8–10 Milliarden Euro jährlich.

5Konzernsteuer-Mindestbeitrag

Großkonzerne wie Amazon, Meta oder Shell zahlen in Deutschland kaum Steuern – obwohl sie hier Milliarden verdienen. Wir führen eine effektive Mindestbesteuerung von 20 % auf Unternehmensgewinne ein. Steuervermeidung durch Briefkastenfirmen wird durch internationale Abkommen und digitale Rückverfolgung unterbunden. Zusätzliche Einnahmen: ca. 25 Milliarden Euro jährlich.

Erbschafts- und Luxussteuer

Große Erbschaften über 1 Million Euro werden künftig progressiv besteuert – bis zu 30 % bei extremen Vermögensübertragungen. Luxusgüter wie Privatjets, Yachten, Schmuckkäufe über 100 000 Euro und exklusive Immobilien werden mit einer Luxusabgabe von 10 % belegt. Diese Abgabe soll nicht den Konsum bestrafen, sondern Exzesse begrenzen. Einnahmen: 12 Milliarden Euro pro Jahr.

Kampf gegen Steuerbetrug

Wir stellen 100 000 neue Steuerprüfer:innen ein, digitalisieren die Steuerfahndung und schließen Steueroasen durch multilaterale Abkommen. So entgehen dem Staat keine Milliarden mehr durch aggressive Steuervermeidung. Schätzung: 30 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichem Steueraufkommen.

Rüstungsausgaben umwidmen

Sicherheit entsteht durch soziale Stabilität, nicht durch Waffen. Wir kürzen den Verteidigungshaushalt um mindestens 10 Milliarden Euro jährlich und investieren diese Mittel in Bildung, Gesundheit, Pflege und Klimaschutz.

Stärkung der Kommunen

Ein Teil der Einnahmen aus Vermögens-, Übergewinn- und Finanztransaktionssteuer fließt direkt an Länder und Kommunen. Damit können Städte und Gemeinden selbst entscheiden, wie sie Schulen sanieren, barrierefreie Infrastruktur schaffen und sozialen Wohnraum fördern. Lokale Demokratie braucht finanzielle Handlungsfreiheit – und wir geben sie zurück.

Neue Prioritäten – soziale Investitionen statt Schuldenbremse

Wir beenden die Schuldenbremse, die soziale und ökologische Investitionen blockiert. Stattdessen führen wir eine Investitionsregel für Zukunftsbereiche ein: Bildung, Klimaschutz,

Pflege, Digitalisierung und Inklusion dürfen nicht mehr kaputtgespart werden. Jede öffentliche Investition wird langfristig über gerechte Besteuerung und Wirtschaftswachstum refinanziert.

Fazit: Es ist genug für alle da, wenn man gerecht verteilt

Unser Finanzierungsplan zeigt: Ein solidarisches Land ist kein Traum, sondern finanziertbar. In Summe schafft unsere Steuer- und Haushaltsreform über 150 Milliarden Euro jährlich an neuen oder umgeschichteten Mitteln – genug, um

- Armut abzuschaffen,
- Bildung zu finanzieren,
- den Klimaschutz sozial zu gestalten
- und öffentliche Infrastruktur zu erneuern.

Wir investieren in Menschen, nicht in Märkte. Wir glauben nicht an die unsichtbare Hand des Marktes – wir glauben an die sichtbare Hand der Solidarität. Denn Wohlstand ist kein Naturgesetz, sondern eine Frage der Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit beginnt dort, wo die, die viel haben, endlich ihren fairen Beitrag leisten.

10. Schlusswort: Gemeinsam verändern wir, was ungerecht ist.

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen – sozial, ökologisch und politisch. Aber wir glauben: Veränderung ist möglich. Wir glauben an ein Land, das niemanden zurücklässt, das stark ist, weil es zusammenhält, und das gerecht ist, weil es mutig ist.

Wir, Die Linke Kraft, stehen für eine Politik, die sich nicht beugt – weder vor Reichtum noch vor Macht. Wir stehen an der Seite der Menschen, die jeden Tag dieses Land tragen: in Pflegeheimen, Werkstätten, Schulen, Fabriken und Familien. Wir wollen keine Politik für Eliten, sondern für die Vielen.

Unser Ziel ist ein Deutschland, in dem Gerechtigkeit nicht verhandelt, sondern gelebt wird. In dem Arbeit sicher, Bildung frei und Würde selbstverständlich ist. In dem wir nicht länger über Menschen reden, sondern mit ihnen handeln.

Veränderung beginnt nicht irgendwann – sie beginnt jetzt. Sie beginnt bei uns, bei dir, bei allen, die den Mut haben, aufzustehen und das Richtige zu tun.

Denn wir wissen:

Gemeinsam verändern wir, was ungerecht ist.